

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

8.6.1928 (No. 132)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Kmentz, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriftblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Umschwung in China

Die Lage in Peking

W.E.W. London, 8. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der „Times“ aus Tientsin sind die letzten Nordtruppen gestern aus Peking abgerückt, das heute von den Südruppen besetzt werden wird. Dasselbe Blatt meldet aus Peking: Hier herrscht Stille. Die Stadttore sind geschlossen. Seit fünf Tagen sind keine Bälle und keine Post eingetroffen. Die Telegraphen- und Telefonverbindungen sind unterbrochen. Eine Gruppe Ausländer, die aus Tientsin im Kraftwagen eingetroffen sind, wurden unterwegs beschossen. Sie entkamen mit knapper Not. Ihr Wagen war von Schüssen durchsiebt. Die Stadt und die Umgebungen sind ruhig.

Verweiges Manuskript der südhinesischen Regierung

W.E.W. London, 8. Juni. (Tel.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Schanghai: Der politische Zentralrat teilt mit, daß er ein Manuskript über die Innen- und Außenpolitik der südhinesischen Regierung vorbereite. Er fordert die Aufhebung aller unbilligen Verträge und den Abschluß neuer Verträge; ferner wird in dem Manuskript die Durchführung aller von Sunbatsen vertretenen Wiederaufbaumaßnahmen, einschließlich der Einberufung eines nationalen Volkskongresses, angekündigt. Die Südhinesen hoffen, daß dieses Manuskript eine neue Epoche der ausländischen Beziehungen sowie der inneren Entwicklung Chinas einleiten wird.

Hoffnungsloser Zustand Tschangsolins

W.E.W. London, 8. Juni. (Tel.) „Times“ meldet aus Tokio: Zuerlässige Privatberichte aus Wukden besagen, daß Tschangsolins Zustand hoffnungslos ist. Einer der japanischen Ratgeber Tschangsolins gibt zu, daß dieser das Bewußtsein noch nicht voll wiedererlangt hat und eine Gehirnerschütterung sowie ernste Kopfverletzungen davongetragen und sich den linken Arm verrenkt hat.

Der Völkerbundsrat

Die polnisch-litauischen Beziehungen

Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Mittwoch mit dem polnisch-litauischen Konflikt und schloß seine Beratungen zu diesem Punkt. Nach Ablehnung zweier Entschließungsanträge des Ratspräsidenten und des litauischen Vizepräsidenten, wurde ein Antrag des englischen Außenministers rein geschäftsmäßiger Art einstimmig angenommen, wonach die Frage der polnisch-litauischen Beziehungen auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt und der holländische Außenminister Beelert beauftragt wird, über den Stand der polnisch-litauischen Beziehungen für den kommenden September dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Der Zwischenfall von Szent-Gothard

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung trat der Völkerbundsrat zu einer streng geheimen Sitzung zusammen, in der über die Berichte des Dreierkomitees zum Zwischenfall von Szent-Gothard und über eine Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten beraten wurde, die Frankreich und die Kleine Entente verlangten. Es soll dem Ratspräsidenten ein stärkeres Untersuchungsrecht und ein besonderes Exekutivrecht gegeben werden. Die Rechtslage aus der Völkerbundsfähigkeit und den Bestimmungen der Friedensverträge würden in irgendwelche weitergehenden Verpflichtungen keinerlei Basis bieten, und Staatssekretär von Schubert hat unwidersprochen diesen Umstand mit dem größten Nachdruck betont.

Der Völkerbundsrat nahm nach mehr als zweistündiger Aussprache die vorgelegten Berichte und Resolutionen über den Zwischenfall von Szent-Gothard einstimmig an. Durch die Annahme des Berichtes hat der Zwischenfall, für den die Kleine Entente Anfang Februar den Antrag auf Anwendung des Untersuchungsverfahrens gestellt hatte, seinen Abschluß gefunden. Die Frage der eventuellen Erweiterung der Befugnisse des Ratspräsidenten wurde dahin entschieden, daß nicht der Ratspräsident, sondern der Generalsekretär des Völkerbundes bei allen Streitfällen, die unter Anrufung eines Artikels des Völkerbundespaktes vor den Rat gebracht werden, sich an den (am Mittwoch gefassten) Beschluß zur Erleichterung der Prüfung des Tatbestandes zu erinnern, und um unverzügliche Angabe ihrer entsprechenden Maßnahmen zu ersuchen.

Das Wahlergebnis im Reichsanzeiger. Der Deutsche Reichsanzeiger und Preussische Staatsanzeiger veröffentlicht nun die endgültigen Ergebnisse der Reichstagswahl und der Wahl zum Preussischen Landtag.

Dr. Ludwig Haas, Abgeordneter für Thüringen. Nachdem der Kreiswahlausschuß im XII. Wahlkreis (Thüringen-Erfurt) festgestellt hat, daß Dr. Ludwig Haas in diesem Wahlkreis gewählt ist, hat er dem Reichswahlleiter mitgeteilt, daß er diese Wahl annimmt und die Wahl auf der Reichsliste ablehnt.

Vor deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen. Ende dieses Monats werden, wie die „Wof. Ztg.“ meldet, zwischen Deutschland und Österreich neue Handelsvertragsverhandlungen beginnen, die den Zweck haben, die Zolltarifvereinbarungen des bestehenden Handelsvertrages auszubauen.

Letzte Nachrichten

Besprechungen des Reichspräsidenten

W.E.W. Berlin, 8. Juni. (Tel.) Der Reichspräsident empfing heute den Reichskanzler Dr. Marx zu einer Besprechung über die Neubildung der Regierung. Für den morgigen Tag wird der Reichspräsident zunächst den Reichstagspräsidenten Lohse empfangen; außerdem hat er eine Reihe von Einzelbesprechungen mit den Führern der Fraktionen des Reichstages vorgesehen.

Reichstagsabg. Breitscheid in Paris

W.E.W. Paris, 8. Juni. (Tel.) Reichstagsabgeordneter Breitscheid, der sich in den letzten Tagen in Paris aufhielt, erklärte einem Vertreter des „Deubre“: „Ich habe meine sozialistischen Freunde besucht, um mich über ihre Einwürfe aus den deutschen Wahlen zu unterrichten. Alle haben den gewaltigen Fortschritt der republikanischen und der Friedensidee, wie er in den deutschen Wahlen zum Ausdruck kommt, anerkannt. Wenn die öffentliche Meinung in Frankreich dieser Tatsache Rechnung tragen will, werden gewisse zwischen Frankreich und Deutschland schwebende Fragen schneller und mit mehr Aussicht auf Erfolg geregelt werden können. Wir werden im neuen Reichstabinett fünf Posten fordern, darunter den Reichskanzlerposten. Das Finanzministerium gehört zu denen, auf die wir einen Anspruch zu haben glauben.“ — Breitscheid gab zu, mit französischen Staatsmännern („Deubre“ nennt Poincaré und Briand) verhandelt zu haben.

Ein Veto des Präsidenten Coolidge

W.E.W. Washington, 8. Juni. (Tel.) Präsident Coolidge machte gestern von seinem Vetorecht Gebrauch, indem er es ablehnte, der lange umstrittenen Muscle Shoals Bill durch seine Unterschrift gesetzgeberische Kraft zu verleihen. Die Vorlage, welche vorsah, daß die während des Krieges errichtete große Nitrogenfabrik am Muscle Shoals-Staudamm des Tennesseeflusses in staatlichen Betrieb genommen werde, war kürzlich vom Bundes Senat gegen eine starke Opposition angenommen worden.

Mordanschlag auf den japanischen Premierminister

W.E.W. Tokio, 8. Juni. (Tel.) Heute morgen wurde in Uryena ein Mordanschlag auf den japanischen Premierminister Tanaka versucht, der glücklicherweise vereitelt werden konnte. Der Premierminister befand sich auf der Fahrt nach Uryena, als auf der Eisenbahnstation Uryena plötzlich ein Mann in Arbeitskleidung auf ihn zusprang und versuchte, ihn mit einem Dolch niederzustechen. Durch das rechtzeitige Eingreifen von Polizeibeamten und der Leibwache des Premierministers wurde das Attentat verhindert und der Angreifer verhaftet. In Tokio verlautet, daß bei dem Attentat der Abgeordnete Matsumura einen Dolchstoß ins Bein erhielt und ein Geheimbeamter leicht verletzt wurde, als sie den Attentäter zu überwältigen suchten.

Signale der „Italia“?

W.E.W. Rom, 8. Juni. (Tel.) Die Agenzia Stefani teilt mit: Am Donnerstag 11.07 Uhr mittlerer Greenwicher Zeit hat das Expeditionsschiff „Citta di Milano“ auf ihre regelmäßigen Rufe an die „Italia“ Signale vernommen, die nach Annahme des Schiffes von der „Italia“ herrühren. Die „Citta di Milano“ verfuhrte alles, sich mit dem Luftschiff in Verbindung zu setzen, indem sie zunächst nach der Lage der „Italia“ fragte. Darauf hat das Schiff von neuem die Signale gehört. Die „Citta di Milano“ glaubt fast mit Sicherheit, unter den sehr schwachen Zeichen französische Worte vernommen zu haben.

Auch die „Hobby“ habe ständig Signale gehört. Um gegenseitige Störungen der beiden Stationen zu verhindern, hat man in einer Hütte im Norden von Kingsbay eine Kurzwellenstation errichtet.

W.E.W. Kingsbay, 8. Juni (9.30 Uhr). (Tel.) Trotz der fortgesetzt ausgefallenen Rufe ist von der „Italia“ bisher noch keine Antwort erfolgt. Man nimmt an, daß die von der „Citta di Milano“ gehörten Zeichen nicht von der „Italia“ herrühren. Rißer Larfen sind heute zu einem Erkundungsflug aufgebrochen.

Das Urteil gegen Caspar, Aufmann und Belger. In der Disziplinärverhandlung gegen die Staatsanwaltschaftsaffessoren Dr. Aufmann und Dr. Caspar und Landgerichtsrat Belger verhandelte der Vorsitzende folgendes Urteil: Dr. Caspar und Landgerichtsrat Belger erhalten einen Verweis; gegen Dr. Aufmann wird auf Dienstentlassung erkannt.

Mag Schippel †. Der Wirtschaftspolitiker Mag Schippel, der zuletzt als Professor an der Technischen Hochschule in Dresden gewirkt hat, ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war vor dem Kriege, von 1890 bis 1905, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter.

Wiederaufnahme der kirchlichen Tätigkeit in Mexiko. Wie über das zwischen Straube und Staat in Mexiko getroffene Abkommen weiter berichtet wird, werden die Kirchen wieder geöffnet werden, die Priester werden ihr Amt wieder übernehmen und die kirchlichen Handlungen können wieder öffentlich vorgenommen werden.

Wirtschaftliche Umschau

Entwicklung zum Sozialismus? — Freie und gebundene Wirtschaft — Fixe und proportionale Kosten

Der Kölner Universitätsprofessor Schmalenbach, der zuletzt als Vorsitzender der Untersuchungskommission über die Unkosten des Ruhrbergbaus bekannt geworden ist, hat auf einer Tagung der Betriebswirtschaftler in Wien über die Entwicklungstendenzen der Wirtschaft gesprochen und ausgeführt, daß die deutsche Wirtschaft aus der Freiheit, die ihr das 19. Jahrhundert schenkte, in ein System der Gebundenheit übergehe, an welcher Tatsache nichts zu ändern sei. Es könne sich nur mehr darum handeln, hierfür eine staatspolitische Basis zu finden, bei der die Interessen der Allgemeinheit wahrgenommen werden.

Der Vortrag hat bereits ausführliche Ausprägungen in der Öffentlichkeit ausgelöst. Die einen glauben auf Grund der Feststellungen Schmalenbachs bereits eine ausgesprochene und unaufhaltbare Entwicklung zum Sozialismus festzustellen, die ändern führen aus, Schmalenbach gehe mit seinen Voraussetzungen zu weit. Er hebe selbst die schweren Unzulänglichkeiten und wirtschaftlichen Schäden der jetzigen Entwicklung unserer Großindustrie hervor. Die bisherige Entwicklung bei Kohle und Eisen, bei zwei Urprodukten, sei noch lange nicht maßgebend für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, zumal z. B. in der Fertigungsindustrie die natürlichen Tendenzen zur freien Marktwirtschaft und Konkurrenz viel stärker seien, als die zu einer monopolistischen Entwicklung. Das zeigt z. B. Sachsin mit seiner sehr hochstehenden Fertigungs- und Qualitätsindustrie, wo fast jeder Betrieb ein ganz selbständiges Unternehmen, häufig im Einzelbesitz ist, und wo von einer Verkrustung gar nichts zu merken ist. Weiter wird Schmalenbach entgegengehalten, die internationale Konkurrenz trete hier korrigierend auf und gebe Staat und Allgemeinheit Mittel an die Hand, im Interesse des Konsumenten und Staatsbürgers, und damit im Interesse der Gesamtheit Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen gegen eine Entwicklung zu treffen, die letzten Endes wirtschafts- und kulturgefährdend wirken müsse. Gewiß seien wir seit langem, seit dem Abbau der manchesterlichen Lehren, in eine Entwicklung gekommen, welche vielfach Gebundenheit an Stelle der wirtschaftlichen Freiheit setze. Die Wirtschaft sei aber nicht Selbstzweck, sondern sie habe den Menschen zu dienen. Gebundenheit sei nur dort berechtigt und nützlich, wo die Freiheit des einzelnen in Fessellosigkeit und zu große Macht auszuarten und der Gesamtheit Gefahr zu bringen droht, was wie für alle Lebens- und Kulturfragen, so auch für die Wirtschaftsfragen gelte.

Der Gedankengang der Ausführungen Prof. Schmalenbachs, der von einem „gefesselten Kapitalismus“ spricht, ist im einzelnen kurz folgender: die freie Wirtschaft des 19. Jahrhunderts war naturverbunden und rücksichtslos. Die heutigen Wirtschaftsführer treiben gegen ihren Willen in die gebundene Wirtschaft hinein. Der Grund ist die Verschiebung der Produktionskosten innerhalb der Betriebe, deren Größe sich fortwährend steigert. Zweierlei Produktionskosten gibt es, die fixen und die proportionalen Kosten. Die fixen Kosten steigen immer mehr. Es sind dies vor allem die Anlagekosten mit ihren hohen Zinsen und Abschreibungen, d. h. die Kosten für die Maschinen und die übrigen Betriebs-einrichtungen gegenüber den proportionalen Kosten für Rohstoffe und Löhne. Die fixen Kosten sind bei vielen Betrieben heute nicht abbaubar, im Gegenteil steigern sie sich infolge neuer Erfindungen. Diese hohen fixen Unkosten verhindern häufig die Anpassung der Produktion an die Marktlage, der Verlust wird sogar oft kleiner sein, wenn man unter den durchschnittlichen Selbstkosten weiterproduziert, als wenn man die Produktion verringern wollte und trotzdem die vollen bisherigen laufenden Kosten tragen müßte. Damit verliert die Wirtschaft die Fähigkeit der Anpassung der Produktion an den Bedarf, sie verliert ihr selbständiges Steuer.

Die Vermehrung der Eigenkosten drängt die Industrie in die gebundene Wirtschaft mit monopolistischen Tendenzen, in die Kartelle. Diese Kartelle, denen die reinigende Luft der Konkurrenz fehlt, geben den glücklich Arrivierten immer größere Sicherheit, versperren andererseits dem Tüchtigen und Leistungsfähigen aber den Weg

Mit der Beilage: Ziehungsliste der Kieler Fohlenmarkt-Lotterie

zum Erfolg immer mehr. Diese großen Monopolgebilde halten schließlich an unwirtschaftlichen Verhältnissen fest, haben die Tendenz, die einmal festgesetzten Beteiligungen der angeschlossenen Unternehmungen zu verengen, schützenden leistungsfähigen und weniger leistungsfähigen Werke, bilden einen übertriebenen Bürokratismus heraus, kurzum, arbeiten gerade im volkswirtschaftlichen Sinne unwirtschaftlich. Schmalenbach behandelt dabei besonders die Kohlenproduktion, die weit unter Selbstkosten das kohlensatte Ausland beliefert (und dafür den inländischen Konsum, also die übrige Produktion, besteuert), ohne daß sie Hoffnung haben könne, durch eine internationale Preisvereinbarung das verschleuderte Kapital wieder hereinzubringen.

Schmalenbachs Darlegungen über das Verhältnis zwischen fixen und proportionalen Kosten werden übrigens — was die Kohlenindustrie anlangt — bestritten. Eine große Anlage sei von vornherein billiger als zwei kleine und die Konzentration unter Tag bringe tatsächlich eine Verkleinerung der fixen Kosten. Die stark gestiegenen Löhne hätten überdies die proportionalen Kosten erheblich gesteigert und so das Verhältnis verschoben.

Es ist aber weniger dieser erste und Hauptteil der Ausführungen Schmalenbachs, der Widerspruch findet, als seine **Schlussfolgerungen**, aus den oben schon skizzierten Gründen. Schmalenbach glaubt offenbar, diese Entwicklung werde unaufhaltsam weitergehen und sich auf immer weitere Produktionszweige erstrecken. Er fordert deshalb, daß die Monopolbetriebe der neuen Wirtschaft ihr **Monopol vom Staat empfangen** müßten, und daß der Staat andererseits die Einhaltung der aus den Monopolen entspringenden Pflichten überwachen müsse. In Wirklichkeit wäre die Konsequenz nichts anderes als eine Nationalisierung der Produktion mit tatsächlicher Eigentumsübergang der Produktionsmittel an den Staat, wie sie der marxistische Sozialismus verlangt. Da die Erscheinungen bei der monopolistischen Kontrolle im wesentlichen richtig geschildert sein dürften, ergäben sich aus alledem für deren Besitzer freilich gewisse Schlussfolgerungen. Ziehen sie nicht die entsprechenden Lehren, dann könnte allerdings die weitere Entwicklung in der Richtung der Schmalenbachschen Voraussagen verlaufen. Freilich stützen sich diese zu sehr auf die Lage bei Kohle und Eisen.

Schon durch entsprechende Handhabung der **Politik** kann mit staatlichen Maßnahmen auf den meisten Produktionsgebieten monopolistischen Tendenzen entgegengetreten werden. Hohe fixe Kosten erschweren zwar die Anpassung der Produktion an den Konsum, wo jedoch eine Korrektur durch Einfuhr ausländischer Waren möglich ist, wird die Produktion im eigenen Interesse nicht über große und ungesunde Neubestimmungen vornehmen. Internationale Kartelle, welche dem Staat das Machtmittel der Handhabung der Zölle aus der Hand schlagen könnten, sind unter den heutigen Verhältnissen für die meisten Produktionszweige nicht denkbar. Die freie Weltwirtschaft und Konkurrenz sind gerade bei rationalisierter Wirtschaft als Regulator der Preise notwendig. Staat und Allgemeinheit haben das größte Interesse an ihrer Erhaltung.

Die Parteien und die Regierungsbildung

Im Parteienkampf der Sozialdemokratischen Partei soll sich Hermann Müller für die Bildung der großen Koalition ausgesprochen haben. Die überwiegende Mehrheit des Parteiausschusses vertrete den gleichen Standpunkt. Man habe die Absicht, Hermann Müller als Reichsminister, Sebering als Reichsfinanzminister, Hilferding als Reichsfinanzminister vorzuschlagen. Darüber hinaus beanspruche die Sozialdemokratische Partei noch zwei weitere Ministerposten. Der Parteiausschuss nahm folgende **Entscheidung** an: „In dem Ergebnis der Reichstagswahlen hat das deutsche Volk den Willen bekundet, daß die Sozialdemokratie die Führung bei der Regierungsbildung übernimmt. Der Parteiausschuss erklärt sich damit einverstanden, daß die Fraktion die notwendigen Verhandlungen einleitet.“

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei besprach am Mittwoch die politische Lage. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Wahlausfall der Sozialdemokratie die Verpflichtung auferlegt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen. Die Fraktionen des Reichstages und des Landtages werden am nächsten Mittwoch zu einer Sitzung zusammenzutreten, um zu der weiteren Entwicklung Stellung zu nehmen.

Die Deutsche Volkspartei hat bei der preussischen Staatsregierung gegen die „verfassungswidrige“ frühe Einberufung des Landtages telegraphisch und brieflich Protest erhoben. Sie betrachtet die Einberufung als Verletzung der Verfassung, weil die Erklärungsfrist über die Annahme der Wahl durch die Abgeordneten noch nicht abgelaufen ist. Die „Tägliche Rundschau“ bezeichnet es als bemerkenswert, daß die Fraktionen der Deutschen Volkspartei im Reichstag und im Landtag die Parlamentstagung mit einer gemeinsamen Sitzung eröffnen. Man werde daraus folgern können, daß die Deutsche Volkspartei im Hinblick auf die bevorstehenden Regierungsverhandlungen eine Fühlungnahme zwischen der Reichstags- und Landtagsfraktion für notwendig halte, entsprechend der Auffassung, daß die Regierungsbildung im Reich eine gleichartige Koalition in Preußen im Gefolge haben müßte.

Im Colmarer Prozeß freigesprochen. — Wegen Spionage verurteilt. Wie Sobas aus Straßburg meldet, wurde Donnerstag vormittag das Urteil gegen die der Spionage beschuldigten Baumann und Köhler, die im Colmarer Prozeß freigesprochen worden waren, gefällt. Das Urteil lautete auf je acht Monate Gefängnis, 300 Franken Geldstrafe und fünf Jahre Aufenthaltverbot. Außerdem wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Die französische Regierungserklärung

Die erste Arbeitssitzung der französischen Kammer am Donnerstag fand in Anwesenheit fast sämtlicher neugewählter Abgeordneter statt. Vor Berlesung der Regierungserklärung wurde auch die Frage der elfstündigen Autonomie berührt und in diesem Zusammenhang betont, daß das Elsass erwarte, daß in der Kammer über die Tätigkeit der Abgeordneten Dr. Rüdlin und Koffe nur in deren Gegenwart verhandelt werde. Nach erregter Debatte sprach sich die Kammer für den Vorschlag des Präsidenten aus, die Anträge betreffend die Autonomie an erster Stelle zu beraten.

Sodann verlas Poincaré die Regierungserklärung, die zunächst die Absicht des unerschütterlichen Festhaltens an den republikanischen und parlamentarischen Einrichtungen betont. In innerpolitischen Fragen Stellung nehmend, stellt die Erklärung fest, daß Elsass-Lothringen, das immer einen besonderen Dialekt gesprochen habe, unter keinen Umständen eine Regelung aufgezwungen werden könne, die es niemals gesamt habe. Die Regierung lasse den Elsass-Lothringern das Recht, ihre bisherigen Schulen und Kirchen beizubehalten, solange sie es wünschen. Weiter wird in der Regierungserklärung auf die Notwendigkeit verwiesen, auf militärischem Gebiete keine Ausgabeneinschränkung vorzunehmen. Zum Schluß tritt die Regierungserklärung für eine Zusammenarbeit von Siegern und Besiegten auf der Grundlage einer schiedsgerichtlichen und friedfertigen Lösung aller Streitfragen ein. Dabei dürfe allerdings kein Eingeständnis an eine Revision der Verträge (!) sich beeinträchtigend geltend machen.

Paris, 8. Juni. (Tel.) Zur programmatischen Erklärung der Regierung und ihrer Aufnahme durch die neugewählte Kammer verhält sich die Morgenpresse im großen und ganzen abwartend.

„Quotidien“ sagt: Alles in allem hatte man den Eindruck, daß die Kammer ansatz eines Reformprogramms Präzisionen erwartet hatte, die nicht gegeben worden sind. „Gaulois“ meint: Richard kann bezweifeln, daß der Ministerpräsident ein so schönes und verführerisches Programm vorgelegt hat; aber die beunruhigten Geister fragen sich mit Recht, wie die Regierung ihre großmütigen Versprechungen will verwirklichen können. „Victoire“ äußert sich: Die unendlich lange Regierungserklärung, die den Senat und die Kammer zum Gähnen gebracht hat und auch ganz Frankreich zum Gähnen bringen wird, ist nur eine Anordnung von Banalitäten und Gemeinplätzen, wie man sie seit einem halben Jahrhundert in allen Regierungserklärungen findet. Der sozialistische „Populaire“ sagt: Man erwartete Arbeit, man hat Unklarheit erhalten. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ faßt seine Stellungnahme dahin zusammen: In keinem Augenblick schien Poincaré um sein Programm die Elemente einer imposanten Mehrheit kristallisiert zu haben.

Die Regierungsbildung in Württemberg

Der Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung ist, wie aus Stuttgart gemeldet wird, augenblicklich so, daß die Bildung einer **Minderheitsregierung** durch die bisherige Koalition des Zentrums, Bauernbundes und Bürgerpartei, mit Unterstützung des Christlichen Volksdienstes in den Vordergrund tritt, falls die Deutsche Volkspartei an ihrem Standpunkt weiterhin festhalten sollte. Dadurch würde den 40 Stimmen, die für die Minderheitsregierung vorhanden wären, 30 Stimmen der Linken, 6 der Kommunisten und 4 der Deutschen Volkspartei, also ebenfalls 40 Stimmen, gegenüberstehen.

Wie der „Schwäbische Merkur“ hört, sind die Verhandlungen über eine Regierungsbildung, die zwischen Bürgerpartei und Bauernbund, Zentrum und Deutscher Volkspartei geführt wurden, ergebnislos geblieben, da Bürgerpartei und Bauernbund an Dr. Bazille als Kultusminister festhalten. Damit ist die **Rechtsregierung** durch die Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert. Die weiteren Verhandlungen werden sich jetzt darum drehen, eine Regierung aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie, eventuell auch Deutsche Volkspartei zu bilden. Staatspräsident dürfte demnach ein Mitglied der Sozialdemokratie als stärkste Partei werden.

Der Sächsische Landtag

nahm am Donnerstag nach mehrwöchiger Unterbrechung, die durch die Reichstagswahlen und die Pfingstferien veranlaßt worden war, seine Beratungen wieder auf. Auf eine sozialdemokratische Anfrage über erneute Verhandlungen zur Bildung von **Verwaltungsgemeinschaften** zwischen Sachsen und Thüringen gab Ministerpräsident Selbst eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Dieselben Kommissare, die seinerzeit den Staatsvertrag über den Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen abgeschlossen hatten, sind auch zu Verhandlungen über die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften zusammengetreten. Man wird die innere Organisation Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg nur innerhalb der historischen Grenzen verbessern können. Die Bestrebungen um Verbesserung der Verwaltung dürfen aber an den Landesgrenzen nicht Halt machen. Durch Begründung von Verwaltungsgemeinschaften kann unter Verminderung der Kosten ein großer Nutzen für die öffentliche Verwaltung erzielt werden, auch ohne daß die Länder ihre Hoheitsrechte aufgeben. Sobald die geplante Aussprache der Kommissare eine Einigung über den Umfang der abzuschießenden Verwaltungsgemeinschaft gebracht hat, wird die Regierung dem Landtag eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Angriff auf die italienische Botschaft in Berlin

Gegen die italienische Botschaft in Berlin die sich in unmittelbarer Nähe des Tiergartens befindet, wurde Mittwochabend ein Überfall verübt, indem ein Haufen von etwa 20 jungen Deutschen Steine gegen die Fenster der Botschaft warfen. Es wurden im Arbeitszimmer des Botschafters sowie in der Kanzlei mehrere Scheiben zerschmettert. Die Ermittlungen, die die politische Polizei sofort aufgenommen hat, haben noch zu keiner Festnahme der Täter geführt. Daß es sich um Kommunisten handelt, steht zweifellos fest. Wahrscheinlich haben sich an der Kundgebung nicht nur deutsche, sondern auch italienische Kommunisten beteiligt.

Das Urteil gegen Rev. Wie „Sobas“ aus Straßburg meldet, ist René César Rev, der gleichzeitig mit Baumann und Köhler wegen Spionage angeklagt war, am Mittwoch von der Strafkammer im Abwesenheitsverfahren zu fünf Jahren Gefängnis, 5000 Franken Geldstrafe und zehn Jahren Aufenthaltverbot verurteilt worden, nachdem ihm schon früher die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden waren.

Achtundentag für Verkehrsarbeiter. In der Frage, ob das Verkehrsarbeiter unter das Arbeitszeitgesetz fällt oder nicht, hat nun dem „Vorwärts“ zufolge das Reichsarbeitsgericht seine Entscheidung getroffen. In der Revision gegen ein Urteil des Landesarbeitsgerichtes Stuttgart hat es sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Verkehrsarbeiter unter das Arbeitszeitgesetz fällt und die Vergütung für Mehrarbeit über 8 Stunden auch den Arbeitnehmern des Verkehrsgewerbes zusteht.

Städteberatungen in Köln. Anlässlich der internationalen Ausstellung wird der Vorstand des deutschen Städtebundes seine Sommertagung am 8. Juni in Köln abhalten. Ein wesentlicher Teil der Verhandlungen wird den Verhältnissen am Geld- und Kreditmarkt gewidmet sein. In diesem Zusammenhang wird sich der Vorstand eingehend mit der vom Städtebunde erstmalig herausgegebenen Vierteljahresschätzung über Schuldenstand und Steuereinnahmen der Städte befassen. Am 9. Juni tagt der Vorstand des preussischen Städtebundes in Köln.

Beschlagnahmtes Waffenlager. Wie die „Post“ Jg. meldet, wurden in Bodden zwischen Gildesheim und Goslar, wo bereits vor einiger Zeit Waffenfunde gemacht wurden, noch weitere zum Teil recht umfangreiche Waffenfunde gemacht. Der Fabrikant Beule lieferte freiwillig 29 Gewehre, 18 Karabiner, 2 Maschinenpistolen und 20 000 Schuß Munition ab. Die Leute bei denen die Waffen gefunden wurden, behaupten, sie hätten das Material 1922 von der Reichswehr zur Aufbewahrung bekommen. Die Ermittlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Die belgische Arbeiterpartei gegen die Militärgesekretärwürfe. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei hat die Militärgesekretärwürfe der Regierung erörtert und beschlossen, gegen sie in entschiedene Opposition zu treten.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DB. Karlsruhe, 8. Juni.

(Fortsetzung des Berichts aus der Mittwochnummer.)

Im weiteren Verlauf der Generaldebatte zum Budget des Innenministeriums

verbreitete sich nach der Rede des Ministers des Innern Dr. Kemmele Abg. Gündert (D. Rp.) eingehend über das Problem der Reichs- und Verwaltungsreform. Er verweist auf Erklärungen der Deutschen Volkspartei vom 29. März 1928, wonach die Verschlagung Preußens grundsätzlich ebenso abgelehnt wird, wie die Schaffung eines Großpreußens oder eines Reichslandes Preußen. Seine Partei erstrebe den dezentralisierten Einheitsstaat mit einer von unten nach oben organisch aufgebauten Selbstverwaltung unter fest begrenzter Staatsaufsicht. Wir denken uns den Unterbau im Sinne leistungsfähiger Land- und Stadtkreise mit Wahlbeamten an der Spitze. Der Redner kam den Bedenken und Einwänden des Abg. Dr. Schofer nicht folgen. Von einer Degradierung zur Provinz sei keine Rede. Es liegt uns fern, einen Zustand zu wünschen, bei dem wir der Zentralisierung zum Opfer fallen. Die historisch gewordenen Grenzen der Länder sollen bestehen bleiben. Ein Jahr in der Schule der Selbstverwaltung, so sagt der Redner weiter, wäre für jeden Abgeordneten in Reichs- und Landtag von großem Vorteil. Er macht dann einige Mängel in der Gemeindeordnung geltend, und beschäftigt sich kurz mit den Ausführungen des Abg. D. Mayer-Karlsruhe zur Verfassungsreform. Er stimmt mit ihm darin überein, daß die Reichsgesetzgebung zu viel Sachgebiete an sich gezogen habe. Mit dem Schulgesetz hätte man ruhig noch 10 Jahre zuwarten können, die Ablehnung wäre dann sicher viel kräftiger erfolgt (Bewegung im Zentrum; lebhaftes Aha, Zurufe des Abg. Dr. Schofer. Das hätte im Reichstag gesagt werden sollen). Der Redner schließt seine allgemeinen Darlegungen mit dem Satz: Nur die Selbstverwaltung kann die Lösung bringen. Jetzt müssen die Länder als Selbstverwaltungsförderung höherer Ordnung folgen. — In Besprechung von Einzelfragen stellt Abg. Gündert einen befriedigenden Gang der inneren Verwaltung fest. Die Verhältniswahl sei nichts für alle Körperschaften zweckmäßig. Zwischen den Stadtverwaltungen und dem Minister beständen ausgezeichnete Beziehungen. Darum bebauere er, daß der Minister auf dem sozialdemokratischen Parteitag davon sprach, daß er von Oberbürgermeisterseite zum Angriffspunkt gemacht worden sei. Im übrigen befürwortet der Redner die Einkörperschaft, mit der man in Württemberg gute Erfahrungen gemacht habe. Daß die Gemeindesteuer von 1921 keinen grundlegenden Abschluß darstelle, darüber bestand von vornherein keine Meinungsverschiedenheit. Die Gendarmerie hält der Redner für unentbehrlich. Alle Bestrebungen auf besseren Aufbau seien zu unterstützen. Abg. Gündert schließt, daß seine Partei mit den Aufgaben und Zielen der Innereverwaltung einig gehe, und den Etat genehmige.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dml.) führt aus, Freiheit und Frieden für das deutsche Volk, auch für einen guten Teil des badischen, sei eine Forderung an die Gegenwart, nämlich an die jetzigen Weltmächte. In der öffentlichen Meinung sei größerer Ernst und Strenge notwendig. Das Berufsbeamtentum müsse erhalten und in seinem Ansehen gesteigert werden. Zu Einzelfragen übergehend meint der Redner, daß man statt Baden-Baden das Bezirksamt Wühl hätte abbauen sollen. Einen tödlichen Stoß habe die Selbstverwaltung erhalten, als man die Gemeinden in ihren Einnahmequellen beschneidet hat. Die Vorzüge der Vitenwahl seien ziemlich bestritten. Die Erhaltung und Pflege der Landwirtschaft sei unter den heutigen Verhältnissen eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Staates. Freilich solle allein tun es nicht.

Abg. Dr. Glodner (Dem.) behält sich die Stellungnahme zu den großen wirtschaftlichen Fragen für die kommende Generaldebatte gemeinsam vor. Die Reform der inneren Verwaltungsorganisation müsse von den Ländern gemeinsam und einheitlich durchgeführt werden. Die Entwicklung dränge möge man erst beschreiten, wenn sich eine Vereinbarung über Verwaltungsvereinfachung als unmöglich erweise. Auf den Verwaltungsgerichtshof werde das Land Baden nicht verzichten können. Eine Verschmelzung mit der württembergischen Verwaltungsgerichtsbarkeit empfehle sich nicht. Der Redner zollt dem Wirken und Aufstreben der Polizei in der Öffentlichkeit hohes Lob. Zur Kommunalisierung der Polizei bestehe wenig Neigung. Abg. Dr. Glodner schließt: In den 10 Jahren der Tätigkeit des Ministers seien nicht nur Ruhe und Ordnung aufrechterhalten, sondern für die Wohlfahrt des Landes im Rahmen des finanziell Möglichen Positives geleistet worden. Dafür gebühre ihm und seinen Beamten Dank und Anerkennung (Lebhafte Zustimmung).

Um 2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

DB. Karlsruhe, 8. Juni.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten Dr. Baumgartner wird die

Generalausprache über das Budget des Innenministeriums

fortgesetzt. Abg. Kläber (Wirtschaftspartei) lehnt den Einheitsstaat ab. Vom Rotprogramm sei für Baden nichts übrig geblieben. Die Norddeutschen könnten uns nicht verstehen und ein

Austausch von Beamten sei unzulässig. Von Demonstrationen hält der Redner nichts. Die Bauern gingen unbefriedigt nach Hause; sie warteten auf Hilfe, sie kamen aber nicht. Die tiefste Ursache der trostlosen Lage der Landwirtschaft sei die Unrentabilität der Betriebe. Es handle sich hier um eine Frage, die das ganze deutsche Volk angehe. Mit der Haltung der Regierung zur Frage der Einfuhrzölle für Schweine und zum Gefrierfleischkontingent könne man sich nicht einverstanden erklären. Beim Handelsvertrag mit Polen werde der Reichstag vor eine Frage gestellt, die für Baden entscheidend sein wird. Die Weltwirtschaftskonferenz habe den Abbau der Agrarzölle verlangt. Würde Deutschland damit beginnen, so erginge es ihm dabei wie mit der Einfuhr. Für die Einfuhr von vielen Produkten wanderten jährlich Milliardenbeträge ins Ausland. Warum deckt die Bevölkerung nicht den Bedarf an Obst und Gemüse im eigenen Lande? Auch er, der Redner, sei der Meinung, daß Zölle allein nicht genügen. Der Bauer müsse sich aller modernen Mittel zur Hebung seines Betriebes bedienen. Dazu brauche er Geld. Wer will aber Geld hineinstecken, wenn sich der Betrieb nicht rentiert? Wenn Städte und Kommunen den Preis distillieren, so würde damit eine Verbilligung sicher nicht erreicht. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß die Wirtschaftspartei den Etat des Innern ablehne.

Staatspräsident und Innenminister Dr. Memmel bemerkt zu den Klagen über ungenügende Berücksichtigung der Stadt und Gemeinden des Bezirks Kehl bei Verteilung der Reichssubventionen, daß jene nicht berechtigt seien. Im Jahre 1927 sind an Zuwendungen für die Stadt und Gemeinden des Bezirks Kehl wie auch für verschiedene Körperschaften Zuwendungen von insgesamt 1 350 000 RM gemacht worden, davon 250 000 RM für die Gewerbesteuer Kehl und 750 000 RM für die Kehler Hafenanlagen. Für ein Versammlungswesen in Kehl, worüber die Verhandlungen noch schweben, sind 100 000 Reichsmark reserviert. Willkür hat 110 000 RM für seinen Schulhausneubau erhalten. An dem 80-Millionen-Fonds und an dem Fonds für kulturelle Zwecke ist der Bezirk Kehl ebenfalls beteiligt und zwar mit zusammen 169 000 RM. Im ganzen sind also 1 519 000 RM dahin gekommen. Aus dem Jahre 1928 waren noch 31 000 RM vorhanden, die hauptsächlich an sportliche Vereine im Bezirk Kehl verteilt wurden.

Der Minister stellt bezüglich des Verhältnisses von Polizeidirektor und Amtsbezirk fest, daß sich seit 1902 nichts geändert hat. Nach unserem Gesetz, der auf der damaligen Verordnung fußt, bleibt der Oberamtmann verantwortlicher Leiter der gesamten Bezirksverwaltung. Ein Eingreifen in die polizeilichen Belange soll in den großen Städten (Mannheim, Heidelberg, Pforzheim und Baden-Baden) nur in persönlichem Benehmen und auf dem Wege über den Polizeidirektor stattfinden.

Daß sich aus der Gemeindeordnung vielfach Schwierigkeiten ergeben, ist richtig. Doch vermag der Minister nicht, heute eine Vorlage etwa über Abänderung des § 17 zu machen. Dem Abg. Gündert sagt der Minister, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Pforzheim die Wendung: „Bürgerlich eingestellte Bürgermeister machen den Minister zum Angriffspunkt“ — von keiner Seite gefallen sei. Es handle sich dabei um eine vom Zeitungsbereich her gegebene Schlussfolgerung. Tatsächlich sei folgendes geschehen: Er, der Minister, habe darauf hingewiesen, daß in einigen Stadtverwaltungen in außerordentlichem Maße Angriffe gegen die Regierung erhoben wurden. Er habe deshalb vorgeschlagen, zu gewissen Beratungen Vertreter des Ministeriums zwecks Auskunfts-erteilung heranzuziehen. Seine, des Redners, Ausführungen auf dem Parteitage seien also nicht getragen gewesen von einer etwa feindseligen Einstellung, sondern gingen aus von der Feststellung von Erscheinungen, wie sie sich im Laufe der Jahre gezeigt haben.

Gegenüber dem Abg. Klaiber führt der Minister aus: dem Bauer sei nicht zu helfen, wenn er sich nicht bemüht, Artikel zu erzeugen, die der Markt aufnimmt. Wir haben in Baden eine Besitzergliederung von ungeheurem Ausmaß. Eine Rundfrage wegen der Forderung im Lande hat die Ablehnung jedes Sanierungsgebodens gebracht. (Lebhaftes Geklör!) Auch die Abänderung des Erbrechts ist abgelehnt worden.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Marum (Soz.) erklärt sich das Haus damit einverstanden, daß Abg. Dr. Glodner (Dem.) für den heutigen Tag das Amt eines Ersatz-Vizepräsidenten übernimmt, da die beiden Vizepräsidenten Vater-Heidelberg und Habermehl abwesend sind.

Nächster Redner ist der kommunistische Abg. Seymann, der damit seine Jungfernsprache hält. Er ist für den Einheitsstaat und erblickt im Budget des Innenministeriums den besten Ausdruck der Massengegenstände im Staat. Seine Kritik richtet sich besonders gegen die Höhe der Polizeizuschüsse und die Tätigkeit der Polizeiorgane. Wohlfahrtspflege und Wohnungsbau lämen viel zu kurz. Der Redner legt seine Hoffnungen auf eine Arbeiter- und Bauernregierung (Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Herr Klaiber! — Heiterkeit).

Abg. Martin (Ztr.) bespricht landwirtschaftliche Fragen. Man möge dem Bauern die Preise zugestehen, die seine Produkte wirklich wert sind, und ihm andererseits die Bedarfsartikel nicht teurer verkaufen, als es dem tatsächlichen Wert entspricht. Auf diese Weise werde sich das landwirtschaftliche Problem von selbst lösen. Die Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft komme allen Interessentengruppen zugute.

Abg. Eichenlaub (Ztr.) erörtert das Gebiet der Sozialversicherung. Bei jeder Verbesserung müsse natürlich geprüft werden, ob die beteiligten Kreise, die Arbeitnehmer eingeschlossen, die Lasten auch zu tragen vermögen. Landkrankenlasten in Baden einzuführen, empfehle sich nicht. Leistungsfähige Betriebskrankenlasten seien wohl vertretbar. Die Zeitverhältnisse sorgen schon dafür, daß die Krankenkassen sparjam wirtschaften. Der Redner bringt Wünsche bezüglich des Verfahrens bei den Versicherungsbehörden zur Sprache und bittet den Minister im Hinblick auf gewisse Vorkommnisse, daß er die Bezirksärzte und Kliniken erneut darauf hinweist, daß sie den Versicherten mit entsprechendem Verständnis und Liebe entgegenkommen. Er setzt sich weiter für eine Besserung des Loses der älteren und invaliden Arbeiter ein und betont zum Schluß die positive Mitarbeit des Zentrums an dem stolzen Gebäude der deutschen Sozialgesetzgebung, dabei an die großen Verdienste des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns erinnernd.

Um 1 Uhr schließt Präsident Dr. Glodner die Sitzung. Nachmittags ¼ 4 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Baden und die Tarifierhöhung der Reichsbahn

Am Schluß der Landtagsitzung am Mittwoch beantwortete Oberregierungsrat Dr. Seeger im Auftrage des Finanzministers eine kurze Anfrage des Zentrumsabgeordneten Dr. Hofmann wegen der geplanten Erhöhung der Personen- und Gütertarife der Reichsbahn. Er erklärte, daß das Finanzministerium von Anfang an derartige Pläne mit großer Sorge verfolgt habe, und dies auch das Reichsverkehrsministerium wissen ließ. Das Finanzministerium habe ferner eine Besprechung mit dem Reichsverkehrsministerium angeregt, um die unangünstigen Auswirkungen zu erörtern, die eine Tarifierhöhung besonders für ein Grenzland in der mißlichen Lage wie Baden zeitigen müßte.

Eingänge

Der Verband badischer Gemeinden hat an den Landtag eine Eingabe gerichtet wegen des Bezuges der Gemeinden zum Aufwand für Land- und Kreisstrafen. Der gleiche Verband ist auch wegen der Wohnungsnot auf dem Lande vorstellig geworden.

Der badische Waldbesitzerverband behandelt in einem Gesuch zum Grund- und Gewerbesteuergesetz die Frage der Festsetzung der Waldsteuerwerte.

Hauptversammlung des Landesverbandes der badischen Hotelindustrie

Unter reger Anteilnahme der Mitglieder tagte in St. Blasien die Hauptversammlung der badischen Hotelindustrie, die hauptsächlich zur Preispolitik, den Inflationseffekten der Hotels und zu Tariffragen Stellung nahm.

Vorsitzender Bieringer gab Bericht über die vorjährige Saison, die wegen Belastung des Gewerbes keinen Ertrag hätte abwerfen können. Redner forderte Schutz des Hotelgewerbes von oben herab, Verständnis von Seiten des Publikums und Hilfe von der Presse. Die Preisgestaltung, die gegenüber 50 Prozent bis 100 Prozent Erhöhung bei anderen Gewerben für das Hotel nur eine solche von 10 bis 15 Prozent gebracht habe, müsse geändert werden. Zur Gewährung einer kaufmännisch errechneten Preisbildung stimmt der Verband der Einrichtung einer Beratungsstelle zu. Zur Beseitigung steuerlicher und sozialpolitischer Hemmnisse wurde vorzugsweise mehr Reglementierung innerhalb der politischen Parteien verlangt, auch will man eine geeignete Vertretung im Reichswirtschaftsrat schaffen. Die Versammlung sprach sich gegen das Schatzgesetz und allgemein zugunsten des Naturtourismus aus. Zur Abschaffung wurden empfohlen die Bestimmungen wegen des Tabakvertrages und die ausführlichen und lästigen Meldeformalitäten für Hotelgäste. Große Bedenken löste das Schatzstättengesetz aus, dessen Verwirklichung 70 000 Betriebe entschädigungslos erleiden würde.

Während Haas, Freiburg, sich für die Schulung und Preisbildung sowie für Vergünstigungen durch die Reichsbahn in der stillen Zeit und zur Belebung des Schwarzwaldbereichs aussprach, plädierten Grieshaber, Furtwangen, und Gabel, Heidelberg, für eine Revision des Erholungsheimwesens. Nur charitative Einrichtungen gemessen dürfen, deren Steuerfreiheit durch Belastung auf das Hotelgewerbe erkaufte sei. Auch sei es wichtig, daß für Saisonbetriebe die Hypotheken als Lasten geführt werden dürfen. Zweiten Raum beanspruchten die Tariffragen und die sozialpolitischen Belange. Beachtenswert ist der Vorschlag Kessler, der für die Beibehaltung der Gewerbesteuer eintrat und von den Städten die Bezugsvergünstigung für elektrische Kraft forderte, wie Handel und Industrie sie bereits erhalten hätten. Das Hotelfach sei ein Gewerbe wie jedes andere. Zur Erweiterung des Bäderausflusses wurden gemäß Grieshaber, Furtwangen, Tresser, Löffel, und Glöfer, Badenweiler.

Verantw. Mühl würgte die große wirtschaftliche Bedeutung des Hotelgewerbes und stellte behördliche Unterstützung in Aussicht. Oberregierungsrat Neuh nahm die Wünsche für den Straßenausbau entgegen, deren Erfüllung von den Landesmitteln allein abhängig ist. Über Spezialfragen referierten Syndikus Dr. K. Kaiser, Dr. Jordan und Dr. Rog. Auch Stadt- und Kurverwaltung St. Blasien, Vertreter der Reichspost und Handelskammern beteiligten sich am guten Gelingen der Tagung.

Der Schweizerische Nationalrat zur Rheinregulierung

Im schweizerischen Nationalrat wurde bei der Beratung des Abschnittes Wasserwirtschaftsamt des Geschäftsberichtes des Bundesrates von freisinniger Seite darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit Deutschland über die Rheinregulierung unterhalb Basel einen günstigen Verlauf nehmen und auch die Verhandlungen mit Frankreich im Gange sind.

Bezüglich der Bodenseeregulierung erklärte der freisinnige Redner, er glaube in Aussicht stellen zu können, daß auch die letzten Bedenken des Kantons Schaffhausen sich bald beseitigen lassen. Ein liberaler Abgeordneter aus der Welschschweiz äußerte sein Bedauern darüber, daß die Verhandlungen mit Frankreich über die Schiffarmachung der Rhône von Genf bis Lyon in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht haben. Bundesrat Guhard, Vorsitzender des Departements des Innern, teilte mit, daß hinsichtlich der Bodenseeregulierung sich die Kantone bis auf einen Punkt einig seien. Die Verhandlungen mit Frankreich über die Schiffarmachung der Rhône seien nicht leicht und erforderten viele technische Studien. Sie nähmen aber ihren Fortgang.

Neue Schwarzwaldbwanderkarte

Das Kartenwerk des badischen Schwarzwaldes ist um ein neues Blatt „Konstanz-Bodensee“, das soeben erschienen ist, bereichert worden. Das neue Blatt, vom Maßstab 1:50 000, geht nördlich bis Stodach, westlich bis Singen, südlich bis Müllheim (Schweiz) und östlich bis Ihausen. Es zeichnet sich durch eine außerordentliche Genauigkeit der Wegbezeichnung, die auf neuesten Aufnahmen beruht, aus.

Tagungen

Landesverbandstag des Bad. Gastwirteverbandes. Der Landesverbandstag des Bad. Gastwirteverbandes findet in diesem Jahr in der Zeit vom 18. bis 20. Juni in Donaueschingen statt.

Hauptversammlung des badischen Verkehrsverbandes. Der badische Verkehrsverband hält seine 22. Jahresversammlung in der Zeit vom 15. bis 17. Juni in Mannheim ab. Nach einer Vorstandsitzung am 15. Juni, findet am Samstag, den 16. Juni, vormittags die Ausschüßsitzung und nachmittags die Hauptversammlung statt. Dieser geht ein Vortrag über die „Gastronomie“ von Oberregierungsrat Dr. Bierau, Karlsruhe, voraus. Mit einer starken Beteiligung der Vertreter der Verkehrsinteressen aus dem ganzen Lande darf wiederum gerechnet werden. Der Samstagabend vereinigt die Teilnehmer zu einem Festabend, für das ein künstlerisches Programm vorgesehen ist. Am Sonntag, den 17. Juni, wird den Teilnehmern Gelegenheit zur Besichtigung des Schloßmuseums sowie zu einer Hafenrundfahrt gegeben. Der Nachmittag ist dem Besuch des großen Natursehensgebietes, der bekannten Reib-Insel, gewidmet.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. Am Samstag, den 9. Juni, geht statt „Salome“, die wegen Erkrankung des Generalintendanten Mehlich abgesetzt werden mußte, Johann Strauß' beliebte Operette „Die Negerin“ in Szene. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Josef Krups, die szenische in Händen von Otto Krauß. Die Vorstellung beginnt um 19½ Uhr. Die Plakette und die Nummern der Theatergemeinde bleiben die gleichen.

Badische Lichtspiele. Das gewaltige Filmwerk „Mensch unter Menschen“ (Les Misérables), nach dem bekannten Roman von Victor Hugo, findet seine eindrucksvolle Fortsetzung im zweiten Teil, der vom Freitag, den 8. Juni ab zur Vorführung kommt. Dieser Teil führt den ersten weiter, setzt jedoch die Kenntnis des anderen Teiles nicht unbedingt voraus, da er gleichfalls eine in sich abgeschlossene Handlung bildet. Im Mittelpunkt steht wiederum der Held des ersten Teiles, der ehemalige Sträfling, der jetzt als gealterter Mann mit seiner Pflegetochter an verschiedenen Stellen von Paris lebt, und sich vor der Polizei verbirgt. Auch mer den ersten Teil nicht gesehen hat, wird, von der hohen Darstellungskunst und der fesselnden Handlung des Bildwerks ergriffen, einen bleibenden Wert mit nach Hause nehmen.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Vom Ozean her hat ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet mit mehreren Kernen auf Europa übergegriffen und große Mengen Luft von hohem Feuchtigkeitsgehalt herangeführt. Da die Luftzufuhr aus Westen anhält, stehen weitere Niederschläge bevor. Ein Zwischenhoch, das augenblicklich vor der französischen Westküste liegt, wird nur vorübergehend Aufheiterung bringen. Wetterausichten für Samstag, den 9. Juni 1928: Im wesentlichen Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Verschiedenes

Explosion auf einem Minenleger

W.D. Kiel, 8. Juni. (Tel.) Gestern Abend explodierte bei einer Übung des Sperrversuchskommandos im Seegebiet östlich Schleimünde aus bisher ungeklärter Ursache auf dem Minenleger „C 12“ ein Sprengkörper. Auf „C 12“ und dem neben ihm liegenden „C 8“ wurden sechs Soldaten des Sperrversuchskommandos tödlich, drei weitere Soldaten und ein Angehöriger schwer verletzt. Die Toten und Schwerverletzten wurden nach ärztlicher Verforgung durch den auf See befindlichen Oberarzt des Sperrversuchskommandos nach dem Lazarett Kiel-Wit gebracht. Die Toten und Schwerverletzten sind sämtlich unterheiratet, mit Ausnahme des verletzten Angestellten Toller aus Schwerin.

Die Toten stammen aus folgenden Orten: Obermaschinenmaat Vogt aus Frankfurt a. M., Stabsmatrosengefreiter Ganz aus Berlin, Binlow aus Berlin-Neukölln, Ruttkowski und Matrosengefreiter Koffler aus Danzig und Stabsmatrosengefreiter Gröschl aus Regensburg. Von den Schwerverletzten stammen Obermatrosengefreiter Otto aus Berlin, Matrosengefreiter Baum aus Darmstadt, Werner aus Legien, Kreis Friedland (Ostpreußen) und Zivilangestellter Toller aus Schwerin.

Starke Schneefälle in Ostpreußen

Starke Schneefälle sind im ganzen Gebiet der ostpreussischen Heide zu verzeichnen; Bäume und Sträucher erwecken den Eindruck einer winterlichen Landschaft. Es ist ein eigenartiges Schauspiel, im „Sommermonat“ Juni die im Lenzeschmuck prägende Natur unter einer Schneedecke lagern zu sehen. Aus den verschiedenen Teilen Ostpreußens werden Schneefälle berichtet.

Das gelbe Fieber in Rio de Janeiro

W.D. London, 8. Juni. (Tel.) Einer „Times“-Meldung aus Rio de Janeiro zufolge sind dort sieben Fälle von gelbem Fieber festgestellt worden, von denen vier tödlich verlaufen sind.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Juni		6. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.74	169.08	163.71	163.65
Kopenhagen 100 Kr.	112.20	112.42	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	22.05	22.06
London . . . 1 Pf.	20.414	20.454	20.414	20.454
New York . . . 1 D.	4.1815	4.1895	4.1815	4.1895
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.475	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.83	58.93	58.82	58.94
Wrag . . . 100 Kr.	12.39	12.41	12.389	12.409

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 6. Juni 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 pence.

Die Liquidation der Frankfurter Messe. In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Liquidation der Messe-G. m. b. H. und Einstellung der Vorbereitungen für die Herbstmesse mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen die übrigen Parteien mit 42 zu 40 Stimmen angenommen. Der Beschluß entscheidet jedoch das Schicksal der Frankfurter Messe noch nicht endgültig. Der Magistrat wird zu dem Beschluß keine Stellung mehr nehmen. Die Vorbereitungen für die Herbstmesse werden weiter getroffen, und es darf als sicher angenommen werden, daß die Herbstmesse trotz des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung stattfinden wird. Die Industrie- und Handelskammer hat sich nachdrücklich gegen den Beschluß erklärt.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 6. Juni. Im Rheinauhafen wurde das Boot „Oranjest“, das einen Schlepptzug Brauntoble zu Tale fahren wollte, von einem Boot der Streikenden aufgehalten. 20-25 Mann begaben sich an Bord der „Oranje“, sperrten deren Besatzung ein, warfen das Feuer heraus und verhinderten so die Abfahrt.

W.D. Heidelberg, 8. Juni. Beim Bahnhof Schlierbach-Ziegelhauken fuhr ein Privatauto eines Weingroßhändlers aus Redargemünd in eine Menschengruppe hinein. Drei Personen wurden überfahren, und von ihnen der Arbeiter Jung aus Petersdal so schwer verletzt, daß er alsbald starb.

W.D. Weinheim, 8. Juni. Die größten, durch das Unwetter am 29. April hervorgerufenen, Verwüstungen sind jetzt beseitigt. An den Aufräumarbeiten waren etwa 150 Erwerbslose beschäftigt, die in 2300 Tagewerken einmagermaßen wieder Ordnung schafften.

W.D. Freiburg, 7. Juni. Für den Fronleichnamstag hatte die Bischofsstadt festlich geschmückt. Vor allem waren die meisten Straßen, durch die sich die Prozession bewegen sollte, mit gelbweißen Fahnen, Blumen und Guirlanden geziert. Schon in den frühen Morgenstunden setzte heftiger Regen ein, der mit kurzen Unterbrechungen anhielt. Deshalb mußte schon am dem ersten Akt die Prozession abgebrochen werden. Der Verkehr in der Stadt war sehr groß, zumal viele fremde Besucher aus der näheren und weiteren Umgebung eingetroffen waren. — Auch in Karlsruhe konnte die Fronleichnamprozession infolge des starken Regens nicht abgehalten werden und beschränkte sich auf die Kirchen.

